

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formals „Freiburger Zeitung“)

Abonnementpreis:

12 Monate	3 Monate	3 Monate	1 Monat
Schweiz: Fr. 14.—	Fr. 4.—	Fr. 8.00	Fr. 1.40
Ausland: Fr. 17.—	Fr. 5.—	Fr. 10.00	Fr. 1.70

Die Samstag-Nummer allein: pro Jahr 2 Fr. 50.

Die Redaktion ist für das Ausland am Montag des Monats angeschlossen, und hat in der Abwesenheit zu ertragen. Abnehmerorte: Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen u. a.

Verkaufspreise:

Für den Resten Freiburg die Seite 15 Gfr.	20
Für die Schweiz	20
Für das Ausland	25
Wekamen	50

Für größere Aufträge bedeutendes Rabatt.

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Heroldstrasse 38, Freiburg (Schweiz). Telephon 4.08. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweiz. Annoncenexpedition K.-G. Telephon 1.36.

Lebensmittelrequisition in Petersburg. — Die Sozialisten gegen den Bundesrat. — Die Holo-Affäre.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk

In Brest-Litowsk haben die Delegierten wieder eine Plenarsitzung unter Dach gebracht. Was dabei herauskamate, ist wie immer wenig genau: ein paar platonische Erklärungen von rechts und links oder ein guter Schritt nach rechts oder links. Der nachfolgende Bericht ist eine gute Illustration zum bolschewistischen Gegenstand. Interessant sind nur die Einzelheiten über das Erleben der Marjinalisten gegenüber ihren „verbündeten“ Republikanern.

Fr. Dubynsky, Mitglied der ukrainischen Delegation, fuhr in seiner Rede (siehe Nr. 29 der „Freib. Nachr.“ vom 4. Febr.) fort: Die lauten Erklärungen der Bolschewiki über die vollkommene Freiheit der Völker des Russlands sind nur grobe demagogische Mittel. Die Regierung der Bolschewiki, welche die konstituierende Versammlung auseinandergerichtet hat, und sich nur auf die Bajonnette der Söldner der Roten Garde stützt, wird sich wie dazu entschließen, in Russland selbst die hochgerühmten Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes durchzuführen, denn sie weiß sehr wohl, daß nicht nur die zahlreichen Revolutionen, die Ukraine, das Dongebiet, der Kaukasus und andere, sie nicht als ihre Regierungen anerkennen werden, sondern daß auch das russische Volk selbst ihr dieses Recht verjagen wird.

Mit der ihnen angeborenen Demagogie haben die Bolschewiki alles getan zur Bekämpfung der Durchführung des Prinzips vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Regierung der Bolschewiki führt anstatt des Prinzips der Demokratie und der Herrschaft durch.

Die ukrainische Delegation habe schon selber Zweifel gesetzt in die durch Trotsky ausgesprochene Anerkennung derselben. Unter „gütiger“ Mitwirkung der Bolschewiki sei nun eine neue Delegation eingetroffen, welche das Ziel habe, die Autorität der bisherigen ukrainischen Delegation in den Augen der arbeitenden Massen Europas zu untergraben.

Das durch gemeinsame Ziele und Ideale und gemeinsame nationale Bestrebungen geeinte ukrainische Volk, das zu einer ruhigen und geordneten Form des staatlichen Lebens steigt, hat sich vom ersten Augenblicke an mit Eifer der schon lange erwarteten Möglichkeit des staatlichen Aufbaues gewidmet. Die ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern haben es unter dem Schutze der aus ihren Reihen hervorgegangenen Intellektuellen nicht nur bestanden, sich selbst zu organisieren, sondern sie haben auch noch alle Bevölkerungsgruppen nicht-ukrainischer Herkunft, welche auf ukrainischem Boden leben, mit herangezogen. Als Ergebnis dieser Arbeit, die durch langjährige Bemühungen der ukrainischen Politik vorbereitet waren, ist die ukrainische Rada entstanden, die sich aus Vertretern der ukrainischen Soldaten, Bauern und Arbeiter zusammensetzt. Die ukrainische Rada hat durch ihr Universal dem ukrainischen Volke seinen Weg gewiesen. Die ukrainische Rada, die schon im Juni des vorigen Jahres die erste ukrainische Regierung, das Generalsekretariat der Rada, bildete, hat damit die erste Regierung in Russland gebildet, die ausschließlich aus Sozialisten zusammengesetzt ist. So hat das ukrainische Volk Schritt für Schritt durch eigene Arbeit einen eigenen Staat geschaffen.

Während die ukrainischen Soldaten ihre Delegierten für den Frankfurter Kongress nach Wien wählten, haben nicht-ukrainische Soldaten, die von der zaristischen Herrschaft an die Sibirienfronten geschickt worden waren, in einzelnen Gebieten ihre Soldatenräte gegründet, die unabhängig Einfluss haben auf das Leben der am sie liegenden Gebiete. Entgegen den von den Bolschewiki aufgestellten Forderungen

sich sie sich in ukrainische Angelegenheiten ein und verlangten die Übergabe der Regierungsgewalt an diese Soldatenräte, sowie Neuwahlen in die Zentralrada. Die Forderung war auch sonst undurchführbar, weil die Vorschriften über die Vertretung in der Rada jeden Augenblick den Wählern das Recht geben, ihren Vertreter in der Rada einzuberufen und ihn durch einen andern zu ersetzen. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung ganz Russlands, die Ende November des vorigen Jahres stattfanden, führten auf dem ganzen Gebiete der Ukraine zu einem glänzenden Siege der ukrainischen Zentralrada und zum Siege der darin organisierten Parteien, da von den ukrainischen Kandidaten auf den Wahllisten über 75 % gewählt worden sind, insofern die andern Parteien die Vertretung in der Zentralrada haben. Das sind die Massen, auf welche sich die ukrainischen Zentralräte stützen und in deren Namen wir bisher gesprochen sind, um hier zu sprechen. Jetzt hat die Petersburger Regierung erklärt, zum besten Mittel zu greifen.

Sie hat am 3. Dezember in Kiew unter den ukrainischen Bauern- und Soldatenkongress einberufen. Auf dem Kongress trafen über 2000 Delegierte ein, und entgegen den Hoffnungen der Einberufer begannen die Verhandlungen mit lautem Cyklone für die zwei Zentralrada und für deren Präsidenten Professor Gruszewski. Sie haben der Zentralrada mit überwältigender Mehrheit ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Nach diesen Vorgängen ist die kleine Gruppe von Bolschewiki von etwa 80 Mann von diesem Kongress entflohen und nach Charkow überfleeht, wo sie sich als neue Regierung der ukrainischen Bolschewiki erklärte. Die Bolschewiki haben dort in Kiew Bänder der roten Garde entsandt, um die Bevölkerung des Gouvernements Charkow auszuplündern, und die Charkower Regierung vor den Bewohnern des Gouvernements zu schützen. So ist die Charkower Regierung entstanden und das sind die Kräfte, auf die sie sich stützt. Sie kann kaum als Vertretung der Stadt Charkow angesehen werden.

Amens der Delegationen des Vierbundes überholte Graf Czernin die am 30. Januar der Peters Delegation abgegebene Erklärung: Wir haben keinen Anlaß, die in der Wiener Erklärung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbstständigen Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen oder einzuschränken. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon jetzt als unabhängig, freien und souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbstständig internationale Abmachungen zu treffen.

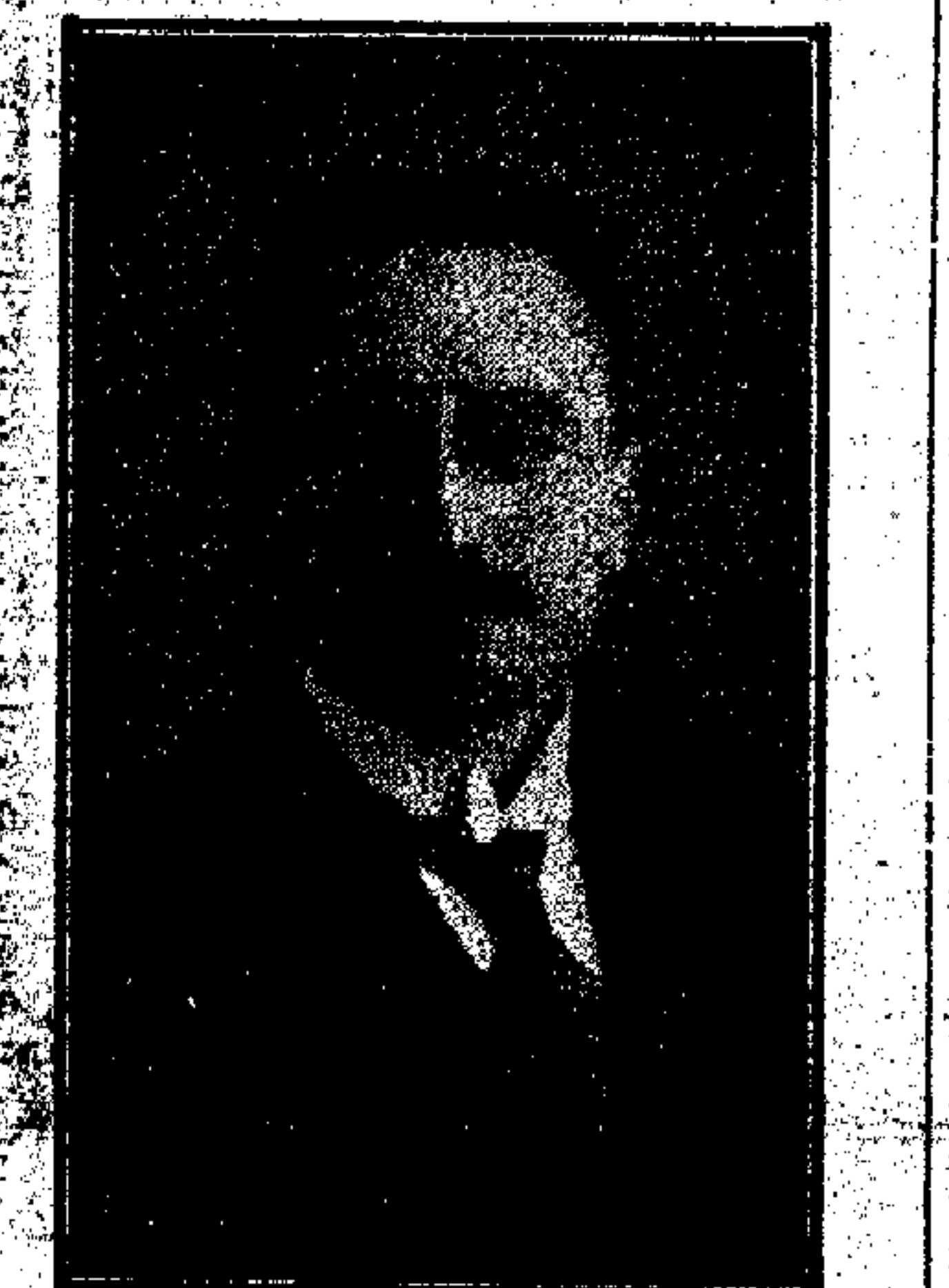
Trotsky bemerkte kurz, er habe seine bisherige Auffassung über die ukrainische Staatlichkeit nicht geändert und müsse demnach hinzufügen, daß es den vier verbündeten Mächten schwer fallen werde, die geographischen Grenzen der von ihnen selbst anerkannten Republik anzugeben. Bei Friedensverhandlungen seien aber die Grenzen eines Staates keine gleichgültige Frage. Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Verhandlungen in Berlin. Zur Teilnahme an einer Beratung über politische und wirtschaftliche Fragen auf dem gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Österreich-Ungarns hat Staatssekretär von Rathenau, der Minister des Auswärtigen, Graf Czernin und General Lubenski nach Berlin gereist. Auch der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, wird zu einer Besprechung in Berlin erwartet.

Die Bergeschlägen seien nochmals daran erinnert, daß der Abkommensvertrag an vordem Brest-Litowsk vom 12. März 1918 eingekündigt ist. Bestehende Beträge können auf jedem Postbureau verlangt werden.

Herr Arsene Niquille
Generaldirektor der S. B. S.

Vergangene Woche hat der Bundesrat auf Vorschlag des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen Herrn Arsene Niquille



Herr Arsene Niquille, Generaldirektor der S. B. S.

aus Freiburg zum Nachfolger von Bundesrat Dr. Haab auf den Posten eines Generaldirektors der Bundesbahnen berufen. Zum ersten Mal erhält damit der katholisch-konserverbative Volksteil der Schweiz eine Vertretung in der Oberleitung unserer Staatsbahnen. Es braucht die ganze Erfüllung des Krieges, bis die freisinnige Ausschließlichkeit sich herbeilassen konnte, gerechte Ansprüche anderer zu berücksichtigen. Es hätte auch dies Mal nach den Absichten der Jungfreisinnigen anders gehen sollen. Die Bundesminister glauben, mit dem Ruf der Vereinigung der Verwaltungsgesamtheit die Wahl Niquilles ausschalten zu können. Während der ganzen Veranstaltung, d. h. während der Abwesenheit Haabs in Berlin, war es diesen Parteien nie eingefallen, die Mitgliederzahl der Generaldirektion der S. B. S. einzuschränken. Auf diesen redenden Gedanken kamen sie erst, als es sich darum handelte, demjenigen Mann, auch formell die Stelle einzuräumen, die er faktisch schon verwaltete.

Trotzdem darf man die Wahl Niquilles nicht als politische Konzeption wahren. Niquille hat sich den Weg zur Generaldirektion durch sein reiches Wissen und rastloses Arbeiten eröffnet, und das freut uns als Freiburger doppelt.

Seine Wahl ist auch vom Personal der S. B. S. warm begrüßt worden. Möge es ihm vergönnt sein, am neuen Posten mit der ihm eigenen Geschäftlichkeit die so dringend nötige Reform der Bundesbahnverwaltung erfolgreich in Angriff zu nehmen.

Arsene Niquille wurde am 21. Mai 1866 in Charmey geboren. Als Student der ehemaligen Freiburger Rechtschule bestand er 1888 das Lizentiatsexamen. 1890 wurde er Substitut des Staatsanwaltes, 1892 Verteidigungsbeamter des Greßherzogs, folgte aber noch im gleichen Jahre einem Ruf der Direktion der Fera-Simplonbahn als Vorsteher des Rechtsbüreau der Gesellschaft. In gleicher Eigenschaft trat er 1901 in den Dienst der Bundesbahnen über und war später ein wertvoller Mitarbeiter der Generaldirektoren Weisenbach und Haab.

Generaldirektor Niquille ist Mitglied des Schweizer Studentenvereins, dessen Generalsekretär er 1890 angehörte. In diesem Jahre

mit der Eröffnung der Universität, leitete er die Gründung der Sektion Romania, aus welcher hernach die Verbindungen „Germania“, „Sarmatia“, „Latina“ und „Lepontia“ hervorgingen. Mit ihm gehörten u. a. auch Bundesrat Roth und Alt-Staatsrat Lortche der „Romania“ an.

Ohne militärischer Politiker zu sein, gehört Hr. Niquille zu den Charakteren, die aus ihrer katholischen Überzeugung kein Hehl machen, und die es wagen, derselben bis in ihre Konsequenzen zu folgen. Mit der Diasporapfarrei Bern, deren hervortragendes Mitglied Niquille ist, freuen wir uns über die ihm zuteil gewordene Ehre und wünschen ihm eine segensreiche Tätigkeit zum Nutzen des Vaterlandes.

Sozialistischer Protest gegen das Truppenangebot.

Zürich, 4. Febr. Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz erläßt eine Kundgebung an die schweizerische Arbeiterschaft, worin gegen das Truppenangebot aus nachdrücklicher Protest erhoben und seine Zurücknahme gefordert wird. Wir sehen in diesem Vorgehen des Bundesrates einen Versuch, die Auseinandersetzung über die Pflichtenverpflichtung unter dem Druck eines Mittelaufgebotes zu verhindern und sie dadurch in einem Sinne beeinflussen, der sich gegen die Forderungen der Arbeiterschaft richtet.

Wir haben den Wortlaut des Aufrufes vor dem hier die Rede ist, noch nicht unter die Augen bekommen, um an Hand desselben die Absichten der Führer genau ermitteln zu können.

Gingegen hat die „Berliner Tagwacht“ schon am letzten Samstagabend um leitender Stelle einen Artikel gebracht, der, wenn er mit gleicher Tendenz gegen die Regierung „anderswo“ erschienen wäre, wenigstens die Unterbreitung des Verfassers verurteilt hätte!

Die Aufforderung zum Aufruf ist darin klar und klar ausgesprochen. Heißt es da z. B.: „Was jetzt vielleicht auf einige Städte beschränkt gewesen wäre, das muß nun auf alle Plätzen im ganzen Lande herun, das wird die Solidarität der Arbeiter zu einem ehernen Block zusammenschweißen.“

Und weiter in Fortschritt: „Die Arbeiter fordern wir auf, den behördlichen Einschüchterungsversuchen die feste Ruhe und die selbstlose Entschlossenheit entgegenzusetzen. Wir erachten es als selbstverständlich, daß die Vertreter der Partei und Gewerkschaften unerbittlich zusammenzutreten und die aus der Lage sich ergebenden Beschlüsse fassen. Jetzt gilt kein Zögern, kein Zagen. Die Mobilisation der militärischen Truppen soll als Antwort die Mobilisation der Arbeitermassen finden.“

Man richtet sich also die revolutionäre Leistung der Sozialisten direkt und offen gegen die Verfügungen der Landesregierung. Sie fordert die Arbeiter auf, ihnen „kalte Ruhe und selbstlose Entschlossenheit entgegenzusetzen.“ Diese „kalte Ruhe“ temt man! Inzwischen laufen bereits Meldungen ein von den Erfolgen dieses Appells zum Aufruf. Laut Volksrecht sind in Niederösterreich (Zürich) die in Zwangsarbeit stehenden Refraktäre und Defektoren in den Streik getreten. Die Streikenden beschließen eine Resolution, in der gegen die Zwangsarbeit und gegen die schäbliche Verhandlung protestiert und erklärt wird, daß Vorgehen bedeute einen schweren Einbruch in das Völkerrecht.

In dieser Meldung wäre manches zu sagen. Zunächst könnte man die Herren Defektoren vor die Wahl stellen: entweder arbeiten oder handlungsaushalten ins Land, wobei sie kommen, wann sie es nicht vorziehen wollen bei beharrlicher Verweigerung der Arbeit!

ist die Erklärung ... hmann-Hollweg

Der Familienabend des ... Deutschen Kathol. Männervereins Freiburg vom Sonntag

Beschlagnahme von Hen ... (Mitg.) Die Kantons- und Gemeindefunktion

St. Antoni. Unter den ... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

Stadt Freiburg ... Diskussionen des ... Defizit voraus

... hat der Ge ... beiden Lehren ... lassen für das

Katholischer Arbeiterverein ... Soziale Woche vom 6. - 10. Februar

Katholischer Arbeiterverein ... Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr

Katholischer Arbeiterverein ... Samstag, den 9. Februar, morgens 6 1/2 Uhr

Katholischer Arbeiterverein ... Sonntag, den 10. Februar, abends 8 Uhr

Anfall in den Bergen ... Beim Ausflug der ... (A. G.) vom letzten

Drittes Abonnementskonzert ... Ein ganz außerordentliches Interesse dürfte

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

Neueste Meldungen ... Deutsche amtliche Meldungen ... Berlin, 4. Febr.

Italienische Front ... Rom, 4. Febr. ... (A. G.) vom letzten

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

Die Gold-Affäre ... Paris, 5. Febr. ... (A. G.) vom letzten

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

... (Einig.) Unter den ... (Einig.)

